

ETIENNE FOUILLOUX

1941 in Paris geboren; Geschichtsstudium an der École normale supérieure (Saint-Cloud) und an der Sorbonne; 1965 Staatsexamen in Geschichte, 1980 Doktorat ès Lettres. 1969–1981 Professor für Geschichte an der Universität Paris X (Nanterre), dann Professor für Gegenwartsgeschichte an den Universitäten Caen (1981–1990)

und Lyon (seit 1990). Veröffentlichungen: Les catholiques et l'unité chrétienne du XIXe au XXe siècle. Itinéraires européens d'expression française (Paris 1982); Au coeur du XXe siècle religieux (Paris 1993); Yves de Montcheuil, philosophe et théologien jésuite (1900–1944) (Paris 1995); La collection «Sources chrétiennes». Éditer les Pères de l'Église au XXe siècle (Paris 1995). Anschrift: 10, avenue Salvador Allende, 69100 Villeurbanne, Frankreich.

Georgi Sjablizew

Die Maßnahmen des Moskauer Patriarchats 1990–1992 zur Beilegung des interkonfessionellen Konflikts in der Westukraine

Die religiöse und politische Situation in der Westukraine verschärfte sich seit dem Sommer 1988 in besonderem Maße. Die griechisch-katholischen Christen, die dort seit 1946 illegal lebten, verließen ihre Illegalität und organisierten eine massive antiorthodoxe propagandistische Kampagne, führten in Moskau und in der Ukraine ihre Manifestationen (Demonstrationen, Treffen, Hungerstreiks, Gottesdienste unter freiem Himmel) durch und forderten die Wiederherstellung der Union in den westukrainischen Gebieten. Der Anfang aktiver Angriffe der griechisch-katholischen gegen die orthodoxe Kirche war die Wegnahme der Verklärungskathedrale, der zweitgrößten orthodoxen Kirche in Lwow, in der Nacht vor dem 29. Oktober 1989. Danach erfolgte im Zeitraum von einigen Monaten lawinenartig die Eroberung der Gemeinden der ortho-

doxen Kirche in der Westukraine durch Unierte.

Die Lage der Anhänger der orthodoxen Kirche wurde im Frühling 1990 äußerst kompliziert, als die Vertreter des RUCH im März bei den Wahlen der Ortsverwaltungen in den Gebieten von Lwow, Iwano-Frankowsk und Ternopol siegten und die neu gewählten Räte die unierte Kirche ganz offen unterstützten.

Der Gipfel der für die orthodoxe Kirche katastrophalen Vorgänge in der Westukraine war die Besetzung der Sankt-Jura-Kathedrale in Lwow im August 1990 durch die Griechisch-Katholischen. Der zu dieser Zeit in der Kirche anwesende Bischof Andrei (Gorak) wurde beleidigt, vielen Orthodoxen wurden einige Monate lang normale Bedingungen für die Feier von Gottesdiensten vorenthalten. Das Ergebnis der beschriebenen Begebenheiten war eine fast vollständige Vernichtung dreier orthodoxer Diözesen bis zum Winter 1990/91. Im Sommer 1989 hatte die Diözese von Lwow etwa 1200 Gemeinden, Anfang des Jahres 1991 hingegen waren es nicht mehr als 50 bis 60. Die Anzahl der Kirchen in der Diözese von Iwano-Frankowsk, die einst etwa 600 betrug, wurde bis zum Frühling 1991 auf einen Bestand von nicht mehr als 25 bis 30 reduziert. In Iwano-Frankowsk und Ternopol wurden den orthodoxen Hierarchen die Kirchengebäude vorenthalten, die Gottesdienste wurden in kleinen Räumen, die kurzfristig dazu umgebaut wurden, gefeiert. Im Zusammenhang mit diesen Begebenheiten trat das Moskauer Patriarchat als Initiator der Gespräche mit dem Heiligen Stuhl auf, um die Lage zu normalisieren. Die Gespräche

fanden vom 12. bis 17. Januar 1990 in Moskau statt. Im Kommuniké dieses Treffens hieß es: «Indem die Vertreter der beiden Kirchen ihre Besorgnis über die Situation in der Westukraine ausdrückten, stellten sie die Tatsache fest, daß die Probleme zwischenkirchlicher Beziehungen in dieser Region nicht aufgrund der Religion entstehen, und erklärten ausdrücklich¹, daß Feindschaft und Gewalt mit dem christlichen Geist unvereinbar sind.»

Damit wurde wohl von beiden Seiten anerkannt, daß sich die Uniertenfrage seit 1989 in erster Linie als eine politische darstellt, während die konfessionellen Unterschiede eigentlich sekundär wurden.

Die Beschützer der Union, besonders im RUCH und in den Parteien der «Linken», verteilten die Rollen eindeutig: die griechisch-katholische Kirche sei «die gemarterte Kirche», der geistige Kern des Widerstands gegen die «bolschewistische Okkupation»; die Wiedergeburt der Union betrachtete man als einen Bestandteil der Demokratisierung des öffentlichen Lebens in der Ukraine.

Im Gegensatz dazu wurde die orthodoxe Kirche als offizielle Organisation, die den Kommunisten diene, gedeutet. Dabei spielte auch der nationale Faktor eine wichtige Rolle. Indem sich die Theoretiker «der Wiedergeburt der Union» aktiv auf die These vom echt nationalen Charakter des griechischen Katholizismus stützten, nutzten sie die mächtige patriotische Bewegung aus, die in den letzten Jahren der Perestroika in der Ukraine begonnen hatte; dabei erklärte man natürlich die Orthodoxie zur Gegnerin der freien Entwicklung des ukrainischen Volkes; sie wurde als «Moskauer Glaube» und ein Mittel der Russifizierung abgestempelt. Der Kernpunkt dieses Problems ist die Frage der Gottesdienstsprache. Obwohl die kirchenslawische Sprache die traditionelle Sprache des Gottesdienstes in der Ukraine war, wurde der Gottesdienst in ukrainischer Sprache ein mächtiges Werkzeug im Dienste der Popularität des griechischen Katholizismus.

Das wichtigste Resultat des Treffens im Januar 1990 waren elf Punkte umfassende «Empfehlungen für die Normalisierung der Beziehungen zwischen Orthodoxen und Katholiken des östlichen Ritus»².

1. Beide Seiten bestätigten die Treue ihrer Kirchen zu den Prinzipien der Religionsfreiheit und erkannten an, daß diese Prinzipien im Rechtsstaat auf der Grundlage des Gesetzes ohne irgendeine Diskriminierung für alle verwirklicht werden sollen; sie halten die schnellstmögliche Normalisierung der Lage der Katholiken des östlichen Ritus in der Westkirche für notwendig.

2. Diese Normalisierung soll ein neues Kapitel in der Geschichte der Beziehungen zwischen Katholiken und Orthodoxen in dieser Religion eröffnen; beidseitiges Gegeneinander und Ungerechtigkeit in der Vergangenheit sollen im Geiste der echten Vergebung und Versöhnung überwunden werden, und das soll zur gemeinsamen Zusammenarbeit und zum gemeinsamen Zeugnis für Jesus Christus führen; denn die Kirche ist dazu berufen, ihn zu predigen.

3. Diese Normalisierung, die im Kontext der allgemeinen demokratischen Umgestaltung im Lande verwirklicht wird, soll den Katholiken des östlichen Ritus das allgemeine Recht auf religiöse Tätigkeit im Einklang mit der Verfassung und den Gesetzen der UdSSR garantieren.

Dabei soll dieses Recht nicht ohne Beachtung des Rechts und der legitimen Interessen der Orthodoxen und anderer religiöser Gruppen verwirklicht werden.

Wir glauben, daß die Christen der UdSSR zu den gemeinsamen Bemühungen beitragen sollen, die zur Schaffung eines Rechtsstaates führen.

4. In diesem Zusammenhang ist es sehr wichtig, jede illegitime Aktion aufzugeben, besonders diejenige, die von Gewalt begleitet wird. Solche Aktionen sind mit dem christlichen Geist unvereinbar und sollen verurteilt werden; außerdem sind sie ein Hindernis für die Registrierung der Gemeinden der Katholiken des östlichen Ritus.

5. Dabei denken beide Seiten, daß die katholischen Gemeinden des östlichen Ritus ein Recht und eine Möglichkeit haben, gesetzlich registriert zu werden.

6. Die auf diese Weise registrierten katholischen Gemeinden haben, wie auch die Gemeinden anderer Konfessionen, das Recht, die Kulturgebäude zur kostenlosen und unbefri-

steten Benutzung zu erhalten, aber auch neue Kirchen zu bauen oder Immobilien zu pachten oder zu kaufen.

7. Indem wir die Tatsache feststellen, daß die Gemeinden sich gelegentlich trennten und jede Gruppe - Orthodoxe und Katholiken - gleichermaßen die ausschließliche Benutzung des Kirchengebäudes beansprucht, rufen wir beide dazu auf, die gegenseitigen Ansprüche ohne Feindschaft, in geschwisterlicher Übereinstimmung und Anerkennung der freien Wahl, ohne irgendeinen Druck auf der Grundlage des Gesetzes zu überwinden.

8. Für die Lösung praktischer Fragen, die im Prozeß der Normalisierung zwischen Orthodoxen und Katholiken des östlichen Ritus entstehen, wurde einstimmig die Notwendigkeit der Bildung einer gemeinsamen Kommission unter Teilnahme der Vertreter des Heiligen Stuhls, des Moskauer Patriarchats sowie auch der Orthodoxen und Katholiken der Westukraine ausgesprochen. Jede dieser Gruppen soll in der Kommission mit einem bis maximal zwei Mitgliedern vertreten sein. Die Kommission soll dieses abkommen berücksichtigen und die Streitfragen im Geiste der christlichen Liebe und der brüderlichen Zusammenarbeit lösen. Es ist notwendig, die Lage in den Kirchen, die von den Katholiken des östlichen Ritus ohne Zustimmung der genannten Gemeinden besetzt wurden, so schnell wie möglich zu regulieren. Diese Regulierung soll im Einklang mit dem Gesetz noch vor der Registrierung katholischer Gemeinden verwirklicht werden.

9. Die Gemeinschaft der Katholiken des östlichen Ritus in der Westukraine entstand vor 400 Jahren als ein Versuch, die Trennung zwischen der orthodoxen und der katholischen Kirche zu überwinden. Dieser Versuch mißlang. Jahrhundertlang blieben die Trennungen, die die Quellen der Konflikte und Leiden für Orthodoxe und Katholiken bildeten, bestehen.

Indem sie dem Gebot Christi «Auf daß sie alle eins seien» treu blieben und bestrebt waren, dieses Gebot in ihren Beziehungen zu wahren, machten sich die beiden Kirchen auf den neuen Weg des Dialogs, denn sie sind tief überzeugt: Nicht diese Methode der Union, die in der Vergangenheit praktiziert wurde,

sondern der Dialog wird ihnen helfen, die Probleme zu lösen, die sie trennen.

Die östlichen katholischen Kirchen, die als Ergebnis der Union der vergangenen Jahrhunderte entstanden und ein Teil der katholischen Kirche geworden sind, verhalten sich zu den Orthodoxen auf der Basis der Prinzipien des Zweiten Vatikanischen Konzils, und das eröffnet ihnen die Gelegenheit, ein konstruktives Element in den orthodox-katholischen Beziehungen zu sein.

Beide Seiten sind fest davon überzeugt, daß diese Beziehungen heute und auch in der Zukunft von jedem Proselytismus und beidseitigem Verdacht frei sein sollen, denn nur in der Atmosphäre des Vertrauens und der Zusammenarbeit können die beiden Kirchen auf dem Weg des Dialogs erfolgreich fortschreiten.

10. In der Fortsetzung und Entwicklung der Bemühungen in Richtung Einheit soll man die Frage der Organisation der hierarchischen Struktur der Katholiken des östlichen Ritus in der Westukraine besprechen, damit nicht der Eindruck entsteht, daß die eine Hierarchie der anderen entgegengestellt wird; dabei soll man sich bemühen, die gemeinsamen Verpflichtungen zu erfüllen, die aus dem Dialog zwischen unseren Kirchen und aus der neuen Art der geschwisterlichen Beziehungen erwachsen, die zwischen uns entstanden.

11. Die beiden Delegationen werden unverzüglich die oben genannten Empfehlungen ihren kirchlichen Autoritäten übergeben, da sie in voller Eintracht angenommen wurden. Diese Empfehlungen bleiben vertraulich bis zu ihrer Bestätigung und werden sofort nach der Bestätigung veröffentlicht werden. Wir hoffen, daß die Katholiken und Orthodoxen, vereinigt im neuen Geist, der sich hier zeigte, ihre Bemühungen für die Normalisierung des Prozesses fortsetzen werden, der, wie wir hoffen, zur vollständigen Beruhigung der Lage führen und zur Steigerung der Gemeinschaft zwischen Katholiken und Orthodoxen beitragen wird. Und dies geschieht zum Ruhme Gottes.

Aufgrund dieser Empfehlungen wurde eine Kommission unter der Teilnahme der Vertreter des Heiligen Stuhls, des Moskauer Patriarchats, der ukrainisch-orthodoxen und der grie-

chisch-katholischen Kirche gebildet. Vom 8. bis zum 13. März arbeitete sie in Lwow an der Frage der gerechten Verteilung der Kirchengebäude. Das Resultat war die Annahme gemeinsamer praktischer Lösungen: Verteilt wurden die Kirchengebäude in den Städten Nikolaew, Nesterow, Solotschow, Jawor, Stryja und Borislavl. Die Protokolle darüber werden von den Vertretern aller vier Seiten unterzeichnet. In der Erklärung vom 13. März verpflichteten sich die Mitglieder der Kommission im Namen der Kirchen, jede Möglichkeit der gewaltsamen Besetzung der Kirchen auszuschließen; aber bald darauf verließen die Griechisch-Katholischen diese Kommission und brachen den begonnenen Prozeß der friedlichen Lösung des Konflikts ab.

Am 7. und 8. Juni 1990 fand im Dreifaltigkeits- und Sergi-Kloster das Landeskonzil der russisch-orthodoxen Kirche statt; in seinen Bestimmungen (sic!) wurde auf die alarmierende Situation in der Westukraine hingewiesen. Es wurde festgehalten:

«19. Bei der Bewertung der Beziehungen der russisch-orthodoxen mit der römisch-katholischen Kirche mußte das Landeskonzil mit Bedauern feststellen, daß diese vom Uniertenproblem in ernster Weise belastet sind; und dieses Problem verschärft sich heute im Westen des Ukraine zunehmend.

Die gesetzlich unregelte Lage der Unierten ist ein Hindernis für die Entwicklung brüderlicher Beziehungen zwischen der Weltorthodoxie und der römisch-katholischen Kirche, sie untergräbt die Hoffnung auf eine erfolgreiche Fortsetzung des orthodox-katholischen Dialogs.

Das Landeskonzil anerkennt das Recht der Unionsgemeinden auf legale Existenz, sieht aber die Gewalttaten gegen orthodoxe Geistliche und Laien und die Besetzung orthodoxer Kirchen als unzulässig an. Diese Handlungen, die dem christlichen Geist fern sind, werden von einzelnen Gruppierungen organisiert und begangen. Das Konzil protestiert gegen nicht verfassungskonforme Handlungen lokaler Behörden der Westukraine, die die Bürger orthodoxen Bekenntnisses diskriminieren, sich in innerkirchliche Angelegenheiten einmischen und die legalen Rechte der orthodoxen Kirche gefährden.

Das Landeskonzil verurteilt die Gewaltakte des Stalin-Regimes gegen die Griechisch-Katholischen und jede Einmischung der Sowjetbehörden in das innere Kirchenleben. Das Landeskonzil hält es für unzulässig, heute zu ähnlichen Methoden bezüglich der Orthodoxen zu greifen. Die Geschichte hat gezeigt, daß das komplizierte Problem der Beziehungen zwischen diesen zwei Gemeinschaften durch Gewalt und durch Unterdrückung der legalen Rechte der Orthodoxen und der Unierten nicht zu lösen ist.

20. Das Landeskonzil bedauert, daß der schon begonnene Weg zur Normalisierung der Beziehungen zwischen Orthodoxen und Katholiken des östlichen Ritus in Galizien, zur Regelung der Lage der Unionsgemeinden durch die Arbeit der Kommission mit den Vertretern des Moskauer Patriarchats, des Heiligen Stuhls, der ukrainisch-orthodoxen Kirche und der Katholiken des östlichen Ritus durch die Unierten abgebrochen wurde; letztere nahm die Verantwortung für den Abbruch der Gespräche und für den Verzicht auf die Lösungen, die von der Kommission mit dem Einverständnis der unierten Kirche ausgearbeitet worden waren, auf sich.

Danach verstärkten sich aggressive Handlungen der Unierten bei der Besetzung orthodoxer Kirchengebäude. Das Landeskonzil erklärt, daß der Weg der Unionsvertreter zur Erschwerung der Situation und zur Verhärtung der interkonfessionellen Feindschaft in Galizien führt. Das Konzil ruft den Heiligen Stuhl auf, die in seiner Jurisdiktion befindlichen ukrainischen Katholiken des östlichen Ritus zu beeinflussen, damit die Arbeit der Kommission wiederaufgenommen werden kann.

Es ist ganz klar, daß dieser gefährliche interkonfessionelle Konflikt nur mit kirchlichen Mitteln durch den aufrichtigen Dialog bereinigt werden kann.»

Es ist auch folgendes zu bemerken: Nach dem Verlassen der Kommission durch die Griechisch-Katholischen erfolgte die Erklärung der griechisch-katholischen Bischöfe vom 17. März 1990, worin sie behaupteten, daß «die ukrainische griechisch-katholische Kirche die einzige Kirche in der Ukraine ist»; so nennt sich Metropolit Wladimir Sternjuk

nicht nur «Metropolit von Lwow», sondern auch «von Kiew und Galizien».

Das Moskauer Patriarchat schlug im Juni wieder vor, ein außerordentliches Treffen durchzuführen, um diese Situation zu besprechen und Wege zu ihrer Normalisierung zu finden. Aber aus Gründen, die nicht von der russisch-orthodoxen Kirche herrührten, fand dieses Treffen erst am 10. und 14. September statt. Die Delegation des Heiligen Stuhls, des Moskauer Patriarchats, der ukrainisch-orthodoxen und der ukrainisch-katholischen Kirche versammelten sich im Moskauer Sankt-Daniels-Kloster, bestätigten die «Empfehlungen» vom Januar und sprachen sich für die Fortsetzung der Arbeit der Kommission aus.

Erfolgreich wurden die Punkte des Kommuniqués vereinbart, die allgemeinen Charakter haben und die Prinzipien der Zusammenarbeit der Kirchen für die Normalisierung der orthodox-katholischen Beziehungen in der Westukraine beschreiben.

Daß von unierter Seite die Arbeit der Kommission im März dieses Jahres abgebrochen wurde, bewirkte eine äußerst ablehnende Reaktion der Orthodoxen und Ungläubigkeit gegenüber der Regelung des Problems durch den Dialog mit Katholiken des östlichen Ritus; und da in der Kommission Vertreter aller repräsentierenden Institutionen bei diesem außerordentlichen Treffen anwesend waren, schlugen die russisch- und ukrainisch-orthodoxe Kirche vor, wenigstens zwei konkrete Fragen zu lösen: die Frage des Überlassens wenigstens je einer der von Katholiken des östlichen Ritus besetzten Kirchen an die orthodoxen Bischöfe von Lwow und Iwano-Frankowsk, damit sie die Möglichkeit haben, die Gottesdienste zu feiern und die orthodoxen Gläubigen pastoral zu betreuen, sowie jene der vorübergehenden Überlassung der alten Residenz an den Bischof von Lwow, bis dessen neue Residenz gebaut wird.

Leider hat die Stellung der Unierten, ihre Verweigerung jeglichen Kompromisses, alle früheren, in Eintracht gefaßten Punkte des Kommuniqués sinnlos gemacht.

Da die Delegation des Vatikans dem Standpunkt der Griechisch-Unierten nichts entgegenstellen konnte, führten die Gespräche in eine Sackgasse.

Am 1. Oktober 1990 erfolgte auch die Erklärung des Heiligen Synods der russisch-orthodoxen Kirche über die Situation in den Beziehungen mit der katholischen Kirche. Darin hieß es³:

«Der Heilige Synod des Moskauer Patriarchats stellt mit Bitternis fest, daß die Beziehungen zwischen der römisch-katholischen Kirche und dem Moskauer Patriarchat, die sich seit dem Zweiten Vatikanum erfolgreich entwickelten, bei dem Versuch, das interkonfessionelle Problem in der Westukraine zu lösen, einer schweren Prüfung unterworfen wurde. Diese Situation führt unsere Beziehungen auf eine andere Ebene und stellt die Frage: Wie kann man in dieser Lage den theologischen Dialog fortsetzen? Ist er vereinbar mit himmelschreienden Tatsachen des Drucks auf die Orthodoxen, mit Lästerungen vor unseren heiligen Dingen seitens der ukrainischen Katholiken des östlichen Ritus?»

Daß diese Worte keine Übertreibung sind, bestätigt die Besetzung einer Kirche in Sambor im Lwow-Gebiet am 17. Oktober 1990. Dieses Ereignis wird in der Erklärung der orthodoxen Geistlichen dieser Stadt folgendermaßen beschrieben:

Seit Mai 1990 zelebrieren die Orthodoxen ruhig in der Kirche der Geburt der Gottesmutter in Sambor. Die ukrainisch-katholische Kirche errichtete im lokalen Park eine Kapelle, sprach über den Bau ihrer Kirche und sammelte Geld. Laut einer Veröffentlichung in der Presse haben sie 150.000 gesammelt und begannen, den Grundstein zu legen. In Sambor gibt es ein ehemals katholisches Kirchengebäude (Orgelsaal). Das wäre ein geeigneter Raum. Obwohl ihnen dieses Gebäude vom Stadtrat vorgeschlagen wurde, lehnten die Katholiken das Angebot ab. Es gibt in Sambor etwa 7000 Katholiken gegenüber 21.000 Orthodoxen (die Gesamtbevölkerungszahl beträgt 50.000). Seit Oktober wurden Aufrufe laut, die orthodoxe Kirche der Geburt der Gottesmutter zu besetzen; in diesem Zusammenhang hielten die katholischen Priester Straßengottesdienste neben dieser Kirche und Manifestationen, die einen gegen Moskau gerichteten Charakter hatten, ab.

Das erste Kirchengebäude wurde von Katholiken in der Nacht vom 30. auf den 31. Januar

1990 besetzt. Einen Tag später hatten es die Orthodoxen wieder befreit. Dann schlugen die lokalen Behörden vor, die Kirche gemeinsam für den Gottesdienst zu benutzen. Die Orthodoxen forderten Garantien, daß diese Kirche nicht völlig in die Hände der Katholiken gerate.

Im Juni 1990 erklärte der Dekan der Kirche W. Golod den Übertritt eines Teils der Gemeinde zur autokephalen Kirche. So entstanden zwei orthodoxe Gemeinden, die abwechselnd in der Kirche feierten. In der Folge verlangten die Behörden die Schlüssel der Kirche und sagten, sie würden selbst über ihr Schicksal entscheiden. Die Orthodoxen weigerten sich; darauf verklagte der Stadtrat die Orthodoxen gerichtlich auf Auflösung des Vertrages und auf Übergabe der Schlüssel. Zu dieser Zeit hatte der Stadtrat bereits einen Pachtvertrag über die Benutzung der Kirche mit den Katholiken geschlossen.

Das Obergericht der Ukraine billigte den Protest des Staatsanwaltes der Republik, hob alle Gerichtsbeschlüsse der lokalen Behörde über die Kirche auf und übergab sie den Orthodoxen. Dies geschah am 21. August 1991.

Am Vorabend, also am 20. August, registrierte der Gebietsrat die orthodoxe Gemeinde als juristische Person. Am 30. August verlangte derselbe Gebietsrat die Räumung der Kirche seitens der Orthodoxen. Dieser Beschluß des Gebietsrates wurde der Gemeinde nicht mitgeteilt.

Es ist hinzuzufügen, daß in diesem Sommer, am 24. Juli, etwa 200 OMON-Leute die Kirche angegriffen hatten, aber das Volk hatte die Kirche beschützt. Am 29. August 1991 um sechs Uhr morgens zerschlugen die Katholiken die Tür der Kirche und besetzten das Gebäude. Das Volk befreite die Kirche wieder. Nach dieser Besitzergreifung beschloß der Gebietsrat am 30. August, daß die Miliz die Kirche versiegeln und bewachen sollte.

Am 17. September um vier Uhr in der Nacht kamen etwa 47 Busse und drei Panzerfahrzeuge zur Kirche, die von etwa vierzig Mann verteidigt wurde; weitere zwanzig Mann befanden sich mit den Priestern innerhalb des Gebäudes. 900 OMON-Leute, 24 Abteilungen der Miliz und eine Feuerwehrrabteilung betei-

ligten sich am Sturm. Die Führung bestand aus 54 Mann, mit Oberst Kret, dem stellvertretenden Chef der UWD des Lwower Gebiets, an der Spitze.

Alle Beschützer der Kirche wurden im Hof geschlagen und auf die Distanz von 200 Metern zurückgedrängt, einige Kordons wurden eingerichtet, und niemand wurde zur Kirche gelassen, dabei wurde Tränengas eingesetzt. Die innere Tür wurde abgerissen, 200 OMON-Leute stürzten in die Kirche. Man schlug die Beschützer mit Knüppeln, sogar im Altarraum. Die Geschlagenen wurden herausgeholt und in ein Auto der OMON-Leute gezerrt. Dem Priester Buchni schlug man die Zähne aus, ein armer Invalide der ersten Gruppe wurde schrecklich mißhandelt; dasselbe geschah mit dem Kriegsveteranen Chaljawko, einigen Jungen und etwa zehn Rentnerinnen. Eine orthodoxe Frau, Anna Sarachmann, wurde mit Gehirnerschütterung und doppeltem Kinnbruch ins Krankenhaus gebracht. Sie wurden drei Tage lang nicht operiert. Alle 19 verhafteten Männer, die sich in der Kirche befunden hatten, wurden nach Drogobysch in die Milizabteilung gebracht. Unter ihnen befanden sich drei Priester: A. Schwez, I. Schwez und N. Buchni. Sie saßen dort elf Stunden ohne medizinische Hilfe.

Um 14 Uhr wandten sich die Vertreter der orthodoxen Gemeinden an den stellvertretenden UWD des Lwower Gebiets und befragten ihn über das Schicksal der Gefangenen. Die Antwort war: «In Sambor herrscht Ruhe, die Priester sind nach Hause gebracht worden.» Zu dieser Zeit forderten die Orthodoxen in Sambor, die Gefangenen freizulassen, sie gingen zur Eisenbahn und warfen sich auf die Geleise; daraufhin wurden die Gefangenen um 17 Uhr freigelassen.

Schließlich ist noch festzuhalten: Im Herbst 1990 haben die Gläubigen und Geistlichen der orthodoxen Kirche in Iwano-Frankowsk und Ternopol, die alle Kirchen verloren hatten und keine Gottesdienste besuchen konnten, mehrmals zu solchen extremen Maßnahmen wie Hungerstreik ge Griffen.

Die Situation in der Westukraine wurde vom Moskauer Patriarchat in der Gemischten Kommission für den theologischen Dialog zwischen den orthodoxen Ortskirchen und

der römisch-katholischen Kirche besprochen. Auf der 6. Plenarsitzung in Freising (Deutschland), die vom 6.-16. Juni 1990 stattfand, wurde eine Erklärung angenommen, die Folgendes festhielt⁴:

«VI. 1) Da eine Spannung zwischen den römisch-katholischen Kirchen des byzantinischen Ritus und der orthodoxen Kirche in manchen Regionen herrscht, wird das Problem der Union aktuell, und es muß vor anderen zu betrachtenden Fragen Priorität haben.

2) Der Terminus «Union» bedeutet in diesem Fall das Bestreben, die Einheit der Kirche durch Spaltung der orthodoxen Gemeinden zu erreichen, ohne zu berücksichtigen, daß die orthodoxe Kirche ekklesiologisch eine Schwesterkirche ist, die die Gnade und das Heil vermittelt. Wir lehnen, im Einklang mit dem Text der Wiener Unterkommission, die Union als Methode der Suche nach Einheit ab, weil sie der allgemeinen Überlieferung unserer Kirche nicht entspricht.

3) Die Union als Methode diene dort, wo sie angewandt wurde, nicht dem Ziel der Annäherung der Kirchen. Im Gegenteil, sie rief immer wieder neue Trennungen hervor. Eine solche Lage war Anlaß für Unglück und Kämpfe, die im historischen Gedächtnis der Kirchen blieben. Außerdem erfordern ekklesiologische Motive die Suche nach anderen Wegen.

4) Jetzt, da unsere Kirchen sich auf der Grundlage der ekklesiologischen brüderlichen Gemeinschaft begegnen, kann die Union nur die wichtigen Errungenschaften des Dialogs zerstören.

VII. Aber außer dem Ziel der historischen und theologischen Annäherung sind praktische Maßnahmen nötig, um den Folgen der gefährlichen Spannung, die in vielen orthodoxen Regionen herrscht, zu entkommen. Das Folgende ist zu berücksichtigen:

a) Die religiöse Freiheit von Personen und Gemeinden ist nicht nur ein Recht, das voll zu achten ist, für die Christen, die das göttliche Leben genießen, ist es auch die Gabe des Geistes für das Zusammenfügen des Leibes Christi, für das Wachsen in seiner Fülle (Eph 4,6). Diese Freiheit schließt letztlich jede Form der Gewalt, direkte oder indirekte, physische

Gewalt oder moralischen Druck, aus. Die Gaben des Geistes, die dem Gemeinnutzen immer dienen (1 Kor 12,7) bei der brüderlichen Zusammenarbeit der Hirten, müssen endlich die Wunden der Vergangenheit heilen und die Gläubigen zur tiefen dauerhaften Versöhnung führen, die das Gebet erlaubt, das der Herr seinen Jüngern geboten hat ...

c) Jedes Bestreben, die Gläubigen der einen Kirche in die andere überzuführen - also Proselytentum -, muß als eine Entstellung der Hirtenarbeit ausgeschlossen werden. Außerdem ist es ein negatives Zeugnis für diejenigen, die die neue Freiheit der Kirchen kritisch betrachten und bereit sind, jeden Fall des Antagonismus auszunutzen.»

Am 12. September 1990 wurde im Fanar⁵ die Erklärung der interorthodoxen Kommission für den theologischen Dialog zwischen der orthodoxen und der römisch-katholischen Kirche angenommen; dabei wurde betont: «Die heutige Belebung der Union wird von groben Verletzungen der Menschenrechte und der religiösen Freiheit begleitet.» Auch die Erklärung von Freising wurde unterstützt.

Vom 10.-15. Juni 1991 fand in Ariccia (Italien) die Sitzung des Koordinationskomitees der Internationalen Gemischten Kommission für den theologischen Dialog zwischen der orthodoxen und der katholischen Kirche statt. Es wurde das Schlußdokument angenommen, in dem geschrieben stand, daß mit dem Entstehen der östlichen katholischen Kirchen «die Situation entstand, die eine Quelle des Konflikts und des Leidens vor allem für Orthodoxe wurde». Im Dokument gab es Empfehlungen mit dem Aufruf zum Dialog als Methode der Problemlösung.

Aber trotz der Tatsache, daß der Dialog zwischen den orthodoxen Kirchen und der römisch-katholischen Kirche über die Union als religiöse und historische Erscheinung positiv war, gab es praktisch keine Beruhigung des Konflikts. Das Zusammentreffen der Delegationen des Moskauer Patriarchats und des Heiligen Stuhls in Genf am 2. und 3. März 1992 brachte auch keine entscheidenden Ergebnisse. Im Kommuniké dieses Zusammentreffens heißt es:

«Was die Situation in der Westukraine und in den Beziehungen zwischen der orthodoxen

Kirche und der ukrainisch griechisch-katholischen Kirche anbelangt, stimmten die Delegationen darin überein, daß die im Januar 1990 in Moskau gemeinsam formulierten Prinzipien, die von der katholischen Obrigkeit und der Hierarchie des Moskauer Patriarchats gebilligt wurden, eine wirksame Grundlage für jede Bemühung, sie zu lösen, bleiben, aber es besteht auch weiterhin die Uneinigkeit in der Frage, welcher Mechanismus am besten für die Verwirklichung dieser Prinzipien geeignet wäre.»

Das Uniatentum bleibt nach wie vor ein Problem, das den Dialog der römisch-katholischen Kirche mit der russisch-orthodoxen und mit anderen orthodoxen Kirchen erschwert. Metropolit Kyrill von Smolensk und Kalinigrad, Vorsitzender des kirchlichen Außenamts des Moskauer Patriarchats, sagte im Interview mit der Zeitung «Croix» am 12. März 1991:

«Nicht unsere Kirche, sondern Stalin hat die Unierten verboten. Und wir haben ohne Zwang diejenigen empfangen, die orthodox bleiben und nicht Katholiken des lateinischen

Ritus oder Atheisten werden wollten. Ich war immer überzeugt: Wenn sich unser öffentliches Leben normalisiert hat, sollen die Unierten sicher das Recht auf Existenz haben. Meiner Meinung nach soll sich die griechisch-katholische Kirche dem Proselytentum verweigern und als eine Brücke zwischen West und Ost dienen.

Aber dafür soll sie die Theologie des Zweiten Vatikanums in ihrem Denken und in der Praxis verwenden.»

Diese Meinung kann man für die allgemeine Meinung der heutigen Hierarchie der russisch-orthodoxen Kirche halten.

¹ Englischer Text des Communiqués in: The Journal of the Moscow Patriarchate 1990, Heft 4, 49.

² Englischer Text in: The Journal of the Moscow Patriarchate 1990, Heft 5, 8f.

³ Englischer Text in: The Journal of the Moscow Patriarchate 1991, Heft 1, 2-4.

⁴ Englischer Text in: The Journal of the Moscow Patriarchate 1990, Heft 10, 46f.

⁵ Vgl. The Journal of the Moscow Patriarchate 1991, Heft 4, 57f.

Witali Borowoi

Das Zweite Vatikanische Konzil und seine Bedeutung für die russisch-orthodoxe Kirche

Das Zweite Vatikanum stellt einen schicksalhaften Wendepunkt in der Geschichte der christlichen Welt dar. Als Papst Johannes XXIII. am 11. Oktober 1962 die erste Sitzung eröffnete, handelte es sich um ein Konzil, das

für die Erneuerung (aggiornamento) der katholischen Kirche einberufen worden war. Als aber Papst Paul VI. am 8. Dezember 1965 die letzte (vierte) Sitzung geschlossen hatte, war es bereits zum «Konzil großer Hoffnungen» für die gesamte christliche Welt geworden.

Obwohl es kein ökumenisches Konzil im historischen, kirchenrechtlichen und dogmatischen Sinn dieses Wortes (wie etwa die sieben ökumenischen Konzilien der Alten Kirche vor dem Schisma von 1054) darstellte, wurden dennoch viele seiner Ergebnisse Gegenstand der Rezeption im gegenwärtigen Leben vieler Kirchen, beeinflussten sie die Entwicklung des theologischen Denkens und trugen zu einer radikalen Veränderung und allgemeinen Verbesserung des Klimas in den Beziehungen zwischen den Kirchen, Konfessionen und Religionen in der ganzen Welt bei.